

Dynamik ist nicht von Dauer

IW-Konjunkturprognose. Viele Sondereffekte geben der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr Rückenwind – unter anderem der stark gesunkene Ölpreis und die Abwertung des Euro. Daher wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2015 um etwa 2 ¼ Prozent wachsen. Im kommenden Jahr ist aber voraussichtlich nur noch ein Anstieg um 1 ½ Prozent drin. 

Private Haushalte und Unternehmen in Deutschland haben derzeit Grund zur Freude: Der Preisrückgang beim Rohöl stärkt die Kaufkraft und steigert die globale Nachfrage nach deutschen Produkten. Die sehr niedrigen Zinsen sind ein weiterer Konsum- und Investitionsanreiz. Exportfirmen profitieren zudem davon, dass ihre Produkte im

Nicht-Euroraum billiger geworden sind. Darüber hinaus lassen Maßnahmen wie die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und der sogenannten Mütterrente die Einkommen kurzfristig steigen.

Da zugleich etwa die Ukraine-Krise oder ein möglicher Austritt Griechenlands aus der Eurozone nach Einschätzung des IW Köln

derzeit als Risiken zwar relevant bleiben, aber die hiesige Wirtschaft nicht nachhaltig vom Kurs abbringen, kann die Konjunktur in Deutschland 2015 kurzfristig mehr Tempo machen. Die aktuelle IW-Prognose ist denn auch deutlich optimistischer als jene vom vergangenen Herbst (vgl. iwd 40/2014).

Hierzu passen auch die Ergebnisse der jüngsten IW-Befragung von fast 3.000 Firmen (Grafik):

Rund 43 Prozent der Unternehmen gehen für 2015 von einer steigenden Produktion aus, nur 13 Prozent erwarten einen Rückgang. →

Konjunktur: In den Firmen herrscht Zuversicht

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2015 eine  Abnahme der ...  Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	12,4	43,4	14,6	41,3	12,7	43,1
Exporte	11,1	33,8	18,1	19,9	11,8	32,3
Erträge	22,0	34,6	27,8	34,8	22,8	34,7
Investitionen	14,2	40,7	23,9	30,4	15,4	39,4
Beschäftigung	16,1	35,0	20,4	28,2	16,7	34,2

Rest zu 100; gleichbleibend; Quelle: IW-Befragung von 2.387 Unternehmen in Westdeutschland und 564 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2015

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 18 - Foto: Jonas Krüger/MEV

Inhalt

Vereinigtes Königreich.

Wird Premier Cameron bei den Parlamentswahlen am 7. Mai wiedergewählt, will er die Briten über die EU-Mitgliedschaft abstimmen lassen.

Seite 3

Bürgerschaftliches Engagement.

Immer mehr Firmen unterstützen soziale Projekte. Die Beschäftigten – vermehrt auch ältere – werden dabei miteinbezogen.

Seite 4-5

Bachelorabsolventen.

Viele Bachelors scheuen den Sprung in die Berufswelt. Eine Befragung durch das IW Köln zeigt aber: Die Absolventen haben ausgezeichnete Karrierechancen.

Seite 6-7

Freie Hansestadt Bremen.

Am 10. Mai wird die 19. Bürgerschaft gewählt. Durch den wirtschaftsstrukturellen Wandel erwarten Bremen unterschiedliche Aufgaben.

Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:

Arndt Günter Kirchoff

Direktor:

Professor Dr. Michael Hüther

Mitglieder:

Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Im Herbst 2014 waren lediglich 31 Prozent der befragten Firmen bezüglich der Produktionsaussichten für 2015 zuversichtlich, 21 Prozent dagegen skeptisch.

Für 2016 sind die Vorzeichen jedoch deutlich schlechter. Dann wird der Ölpreis wieder steigen und damit zieht auch die Inflation an. Zudem erhöht unter anderem der gesetzliche Mindestlohn den Lohnkostendruck. All dies führt dazu, dass sich das Wirtschaftswachstum merklich abschwächt. Einige Prognose- und Umfrageergebnisse im Detail:

- **Privater Konsum.** Die Sondereffekte lassen die Bundesbürger in diesem Jahr so kauffreudig werden wie lange nicht mehr (Tabelle):

Der private Konsum wächst 2015 voraussichtlich um 2 ¼ Prozent – das ist der dritthöchste Wert seit 1991.

Dies bringt besonders den heimischen Dienstleistern Vorteile – sie zeigen sich in der IW-Umfrage überdurchschnittlich optimistisch.

Im Jahr 2016 ist der Konsumboom vor allem aufgrund der erwarteten Preissteigerungen jedoch wieder vorbei – die privaten Haushalte dürften ihre Ausgaben dann real allenfalls um 1 ½ Prozent erhöhen.

- **Beschäftigung.** Obwohl der deutsche Arbeitsmarkt bereits in ausgesprochen guter Verfassung ist, geht es dieses Jahr nicht zuletzt aufgrund der positiven Konsumententwicklung wohl nochmals aufwärts:

Gut 34 Prozent der Firmen rechnen 2015 mit einer weiter steigenden Beschäftigung – nicht einmal 17 Prozent befürchten einen Stellenabbau.

So ist der Saldo aus positiven und negativen Meldungen gegenüber der

Herbst-Umfrage 2014 von 2 auf fast 18 Prozentpunkte gestiegen.

Die IW-Prognose beziffert das Beschäftigungsplus für das laufende Jahr auf gut ¾ Prozent, für 2016 aber nur noch auf ½ Prozent. Gründe für den geringeren Zuwachs sind die allgemeine Konjunkturabschwächung und speziell im Dienstleistungssektor der kostensteigernde Einfluss des Mindestlohns.

- **Außenhandel.** Neben der Euro-Abwertung hellt auch die leichte Expansion der Weltwirtschaft die deutschen Export-Perspektiven auf:

In preisbereinigter Rechnung werden die Exporte 2015 nach heutigem Stand um 5 ¼ Prozent wachsen – im vergangenen Herbst schien nur ein Plus von 4 Prozent realistisch.

Jedes dritte Unternehmen kalkuliert inzwischen für 2015 mit steigenden Ausfuhren, nur knapp jedes achte rechnet mit einem Rückgang. Besonders zuversichtlich sind die Hersteller von Investitionsgütern.

- **Investitionen.** Dass die Wirtschaft 2016 wieder langsamer wächst, liegt nicht zuletzt an der fehlenden Zugkraft der Investitionen. Sie können die Abschwächung des Konsums nicht kompensieren. Mit 4 Prozent in diesem Jahr und 3 ½ Prozent im Jahr 2016 legen die Ausrüstungsinvestitionen nur moderat zu.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch, dass die Firmen durch die Krisen der vergangenen Jahre verunsichert sind und die Wirtschaftspolitik einen wenig investitionsfreundlichen Kurs fährt.

IW-Prognose für 2015 und 2016

Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,9	3/4	1/2
Arbeitslosenquote	6,7	6 1/2	6 1/4
Arbeitsvolumen	1,5	1 1/4	3/4
Produktivität	0,1	1	3/4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	2 1/4	1 1/2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,2	2 1/4	1 1/2
Konsumausgaben des Staates	1,1	1 1/2	1
Anlageinvestitionen	3,4	2 1/2	2 1/2
– Ausrüstungen	4,3	4	3 1/2
– Sonstige Anlagen	1,2	2	2 1/4
– Bauten	3,6	1 3/4	2
Inlandsnachfrage	1,3	2 1/4	1 1/4
Export	3,9	5 1/4	5 1/2
Import	3,4	6	5 1/2
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	0,9	1/2	1 1/2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	0,6	1/2	1/2

Stand: April 2015; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · Iwd 18

i aus IW-Trends 2/2015

IW-Forschungsgruppe Konjunktur:
Deutsche Konjunktur im Zeichen billigen Öls und billigen Geldes
konjunktur-in-deutschland.de

Bleiben oder gehen?

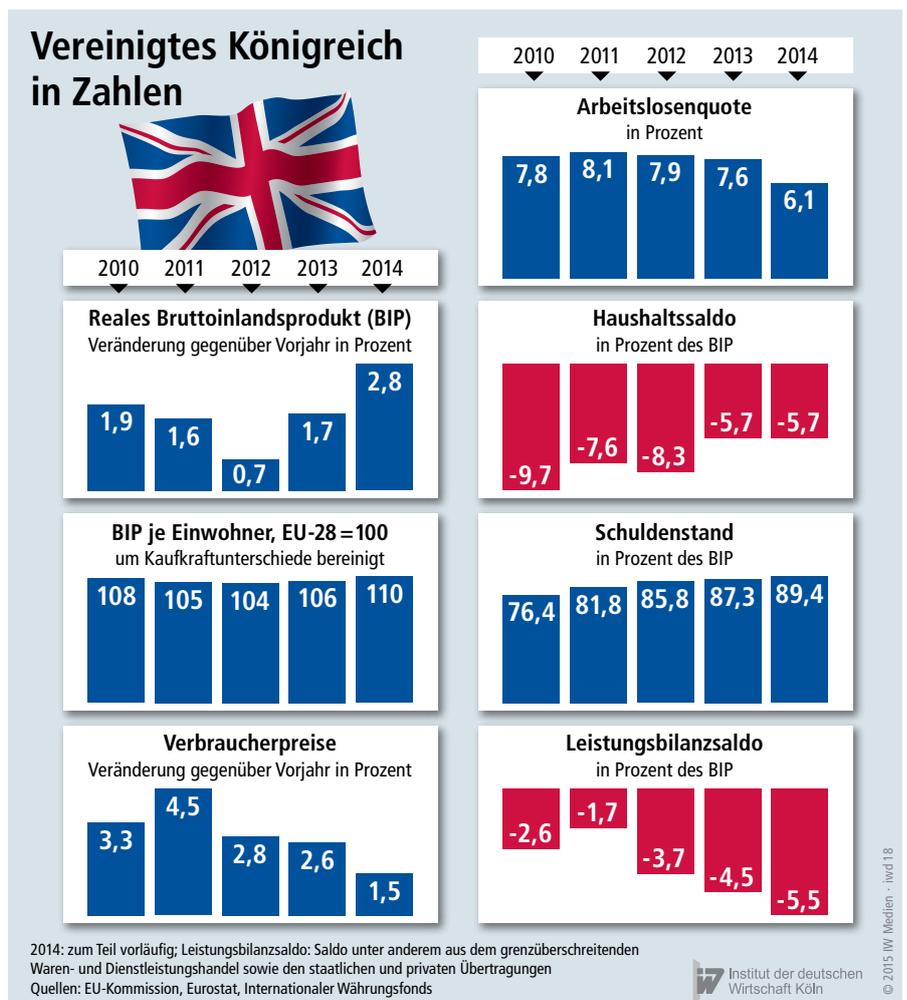
Vereinigtes Königreich. Die Parlamentswahl am 7. Mai ist alles andere als eine Routineübung. Falls Premierminister David Cameron in seinem Amt bestätigt wird, will er die Briten über die EU-Mitgliedschaft des Landes abstimmen lassen.

Bereits 2013 hatte Cameron angekündigt, bei einer Wiederwahl bis Ende 2017 ein Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU durchzuführen. Er stellte aber auch klar, dass ein Austritt nicht sein vorrangiges Ziel sei. Vielmehr wolle er vor dem Referendum die Beziehungen seines Landes zur EU neu verhandeln und einen besseren „deal“ erzielen. Im Klartext: Die EU soll weniger Einfluss auf die britische Politik bekommen.

Einer Umfrage von Ende März zufolge trifft Cameron damit den Nerv seiner Landsleute recht gut:

Immerhin 62 Prozent der Briten betrachten die EU mit Skepsis – davon wollen 38 Prozent zwar in der Union bleiben, sprechen sich aber für eine Verringerung des EU-Einflusses aus; die übrigen 24 Prozent würden die EU am liebsten verlassen.

Die Kritik an der EU entzündet sich nicht zuletzt an der Personenfreizügigkeit – nach Ansicht vieler Briten belasten die Zuwanderer das Sozialsystem und den Wohnungsmarkt. Fakt ist zwar: Die Zahl der in Großbritannien lebenden EU-Bürger mit nicht britischer Staatsangehörigkeit ist von 1 Million im Jahr 2005 bis 2013 auf 2,4 Millionen gestiegen, von denen knapp 1,3 Millionen aus den Ländern stammten, die ab 2004 der EU beigetreten sind.



Doch anders als oft vermutet wird, wirkt sich die Zuwanderung positiv auf die britische Wirtschaft aus – so eine aktuelle Studie des University College of London. Demnach haben die seit dem Jahr 2000 aus der EU-15 Zugewanderten von 2001 bis 2011 dem britischen Staat 64 Prozent mehr an Steuereinnahmen beschert, als sie in Form von Sozialleistungen bekamen. Auch bei den Zuwanderern aus den Ländern der EU-Osterweiterung übertrafen die Steuerzahlungen die Sozialleistungsbezüge – um 12 Prozent.

Unterm Strich haben die europäischen Zuwanderer dem britischen Fiskus seit 2001 mehr als 20 Milliarden Pfund eingebracht.

Die Personenfreizügigkeit einzuschränken wäre demnach schon aus ökonomischen Gründen wenig sinn-

voll. Zudem zählt diese Freizügigkeit in der EU zu den vier Grundfreiheiten, an denen sich politisch kaum rütteln lässt. Generell lassen sich die vertraglichen Grundlagen der EU, die auch Großbritannien unterschrieben hat, nur schwer neu verhandeln.

Im Fall eines EU-Austritts des Vereinigten Königreichs hängen die Auswirkungen davon ab, welche Vereinbarung das Land mit der EU über den weiteren Zugang zum Binnenmarkt erzielt. Zunächst wären aber Erschütterungen an den Märkten mit negativen Folgen für die britische Wirtschaft zu befürchten. Und das, wo der Motor gerade recht gut läuft – 2014 stieg das BIP real um 2,8 Prozent (Grafik). Das war das stärkste Wachstum unter den sieben größten Industrienationen.

Unruhe im Ruhestand

Bürgerschaftliches Engagement. Immer mehr Unternehmen engagieren sich für das Gemeinwohl, indem sie soziale Projekte unterstützen oder Geld spenden. Die Beschäftigten – neuerdings vermehrt auch die älteren – werden dabei mit ins Boot geholt.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland engagiert sich regelmäßig oder gelegentlich in Sportvereinen, kulturellen Einrichtungen, Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in der Unfallrettung. Jeder fünfte Bürger übernimmt sogar feste Aufgaben oder ein Amt. Das ergab die 2014 veröffentlichte Engagementstudie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Als häufigstes Motiv für ihren Einsatz nennen fast alle Menschen „ihre Freude daran“ (Grafik). Viele

Freiwillige wollen zudem einfach anderen helfen oder sich gezielt beispielsweise für das Klima oder arme Menschen stark machen.

Auch Unternehmen setzen sich aus Verantwortungsgefühl zunehmend für das Gemeinwohl ein, wie eine Befragung von 2.300 Firmen durch die IW Köln Consult zeigt (vgl. iwd 36/2012). Das bürgerschaftliche Engagement ist für 76 Prozent der Betriebe Teil der gelebten Unternehmenskultur.

Außerdem möchten die engagierten Firmen ihr Ansehen in der Öffentlichkeit verbessern (68 Prozent), die Bindung zu ihren Kunden erhö-

hen (46 Prozent) und zur Attraktivität des Unternehmensstandorts beitragen (45 Prozent).

Last, but not least wollen 44 Prozent der Betriebe ihre Mitarbeiter durch ihren Einsatz für das Gemeinwohl stärker motivieren und ans Unternehmen binden.

Das klappt offenkundig auch: Denn das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen wird nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch von den Mitarbeitern honoriert. Das zeigt eine repräsentative Umfrage zur „Jobzufriedenheit 2014“ des Personaldienstleisters Manpower Group Deutschland. Demnach sagen neun von zehn Befragten, dass sie lieber für eine Firma arbeiten, die sich gesellschaftlich engagiert (Grafik Seite 5). Besonders junge Bewerber bevorzugen solche Arbeitgeber.

Eine Befragung des Marktforschungsinstituts Nielsen ergab, dass die Hälfte der 21- bis 34-Jährigen darauf achtet, wie nachhaltig ein Arbeitgeber handelt.

Einer Mehrheit der Bundesbürger ist es zudem wichtig, dass die Unternehmen auch das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter fördern. Und das tun sie tatsächlich, indem sie Beschäftigte für Aufgaben freistellen oder entsprechende Initiativen starten (vgl. iwd 34/2012).

Neuerdings unterstützen immer mehr Unternehmen gezielt das bürgerschaftliche Engagement von Mitarbeitern in der Vorruhestandsphase. Dazu zwei Beispiele:

1. TÜV Rheinland. Ältere Beschäftigte werden in Zusammenarbeit mit der Kölner Freiwilligen



Agentur in Abendveranstaltungen darüber informiert, wie sie sich als Rentner später einmal sozial engagieren können. Darüber hinaus können Interessenten aber auch an einem Tag mehrere gemeinnützige Organisationen besuchen und deren Projekte kennenlernen.

2. Versicherungskonzern Generali. Dort können Beschäftigte der Altersgruppe 50plus am Workshop „Horizonte“ teilnehmen. Die älteren Beschäftigten entwickeln hier während der Arbeitszeit und unter Anleitung nicht nur Konzepte, wie sie fit für den Job bleiben. Sie sammeln auch Ideen, wie sie sich jetzt und nach ihrem Berufsleben für die Gesellschaft einsetzen können.

Die Unternehmen ziehen durchaus Vorteile daraus, wenn sie ältere Beschäftigte in ihre sozialen Aktivitäten einbinden:

- Wenn sich ältere Mitarbeiter in der Kommune gesellschaftlich engagieren, erweitert das den Aufgabenbereich des Betreffenden. Das wiederum fördert – so zeigen es Untersuchungen – dessen Gesundheit und steigert generell die Motivation.

- Wer neue Aufgaben meistern muss, ist im Kopf beweglicher; Mediziner sprechen davon, dass auf diese Weise etwas gegen den Verlust der kognitiven Leistungsfähigkeit im Alter getan wird.

- Wer die Mitarbeiter auf den Übergang in die Rente vorbereitet und ihnen eine Perspektive aufzeigt, sorgt dafür, dass diese zu Beginn ihrer Auszeit nicht in ein „schwarzes Loch“ fallen – schon diese Fürsorge wird von den Mitarbeitern durch eine bessere Leistung honoriert.

- Wer Beschäftigte in sozialen Projekten mitarbeiten lässt, bindet diese über das Renteneintrittsalter hinaus an das Unternehmen. Diese können

Warum sich Unternehmen sozial engagieren sollten

So viel Prozent der Bundesbürger stimmen folgenden Aussagen zu

Ein Unternehmen, das für besonderes gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet wurde, würde ich als Arbeitgeber vorziehen

86

Es ist mir wichtig, dass Unternehmen Vereine oder soziale Projekte mit Spenden unterstützen

73

Es ist mir wichtig, dass Unternehmen ehrenamtliches Engagement ihrer Mitarbeiter fördern

72

In einem Unternehmen, in dem gesellschaftliche Verantwortung keine Rolle spielt, würde ich nicht arbeiten

59

Befragung von 1.000 Personen im April 2014
Quelle: Manpower Group Deutschland

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

später ihr Know-how, das sie zum Beispiel im Rahmen der ehrenamtlichen Altenhilfe erlangt haben, für die Beratung von Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen einsetzen. Oder sie nutzen ihre bei der freiwilligen Feuerwehr erworbenen Kompetenzen, um den Betrieb zu beraten, etwa wie er Arbeitsplätze sicherheitstechnisch am besten ausstattet.

In einigen Firmen gehört daher das Thema bürgerschaftliches Engagement zum festen Bestandteil der Personalentwicklungsprogramme. Die Beschäftigten werden für ehrenamtliche und gemeinnützige Tätigkeiten, die zum Unternehmen und zu den Kompetenzentwicklungsplänen passen, freigestellt und bei ihren Aktivitäten unterstützt.

Die älteren Mitarbeiter jedenfalls gehen diesen Schritt oft gerne mit:

Mehr als ein Drittel der über 50-Jährigen setzt sich im Rahmen eines freiwilligen Engagements für die Gemeinschaft ein.

Erst wenn die Senioren dann das 75. Lebensjahr erreicht haben, nehmen die Aktivitäten ab, was verständlich ist. Trotzdem engagiert sich immer noch ein Fünftel in Vereinen oder für soziale Projekte.

Das bürgerschaftliche Engagement der Senioren kommt nicht zuletzt auch den Kommunen zugute. Denn lebens- und berufserfahrene Menschen sind nicht nur Vorbild für Jüngere in ihren Unternehmen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft vor Ort.

Hinzu kommt, dass die Kommunen durch die demografische Entwicklung von zwei Seiten in die Zange genommen werden. Zum einen gibt es immer weniger junge Leute, die sich ehrenamtlich engagieren können. Das merken heute schon zum Beispiel das Technische Hilfswerk oder Sportvereine. Zum anderen werden die Menschen immer älter, was zusätzlichen Betreuungsbedarf mit sich bringt. Hier können engagierte Rentner aktiv werden.

Nur Mut!

Bachelorabsolventen. Weit mehr als die Hälfte der frischgebackenen Bachelors traut sich den Sprung in die Berufspraxis nicht zu und studiert lieber weiter. Dabei haben die Absolventen eines Bachelorstudiengangs ausgezeichnete Karrierechancen, wie eine Befragung von knapp 1.500 Unternehmen zeigt.

Langsam, aber sicher kommen die Absolventen der gestuften Studiengänge in den Firmen an: Waren Bachelor- und Masterabsolventen 2010 erst in 13 Prozent der hiesigen Betriebe präsent, tummeln sie sich mittlerweile in rund 23 Prozent der Unternehmen, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft zeigt.

Vor allem die kleinen und mittleren Firmen öffnen sich zunehmend für Absolventen der neuen Studiengänge: Gut jeder fünfte Kleinbetrieb und mehr als jedes zweite mittlere Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern beschäftigt heutzutage einen Bachelor (Grafik).

Allerdings werden Akademiker nicht überall benötigt: Jede dritte Firma hat überhaupt keine Hochschulabsolventen unter Vertrag.

Betrachtet man nur die Betriebe, die auch Akademiker eingestellt haben, so finden sich Bachelors bereits in 35 Prozent und Masterabsolventen in 27 Prozent der Unternehmen.

Viele Bachelorabsolventen entscheiden sich jedoch lieber für ein weiterführendes Masterstudium, weil sie fürchten, mit ihrem Abschluss keinen adäquaten Job zu finden. Dabei ist diese Sorge in der Regel unbegründet: In neun von zehn Betrieben starten die Bachelors, die nach ihrem Abschluss den Schritt in die Berufstätigkeit wagen,

mit einer eigenständig zu bearbeitenden Projektaufgabe. An zweiter Stelle der Startposition steht die Sachbearbeitung nach Anweisung. Und immerhin 43 Prozent der Arbeitgeber betrauen Bachelorabsolventen nach dem Studium sogar direkt mit der Gesamtverantwortung für ein Projekt – allerdings ohne Personalführungs-kompetenz.

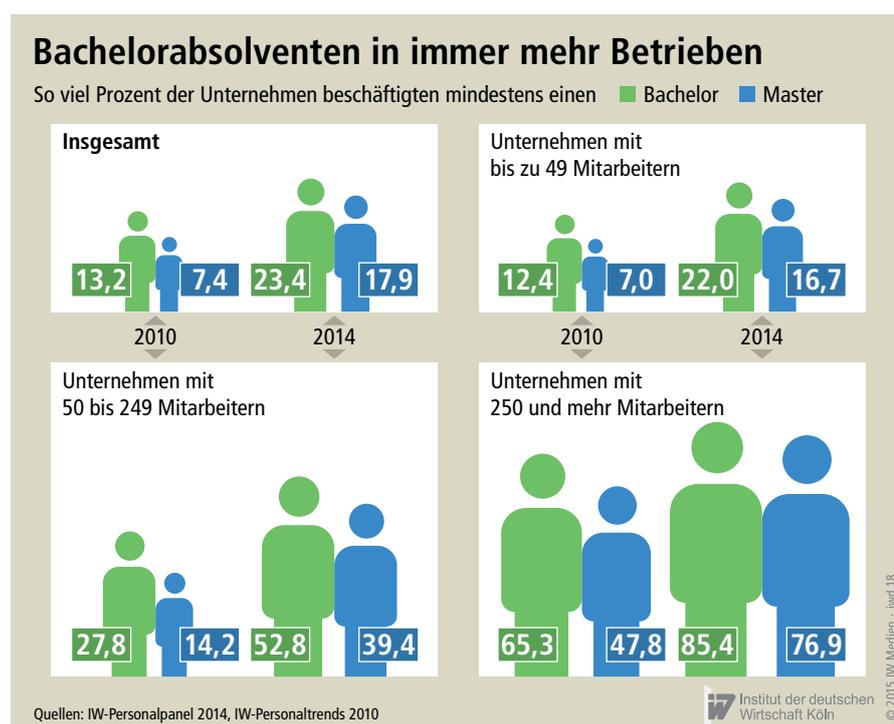
Vergleicht man die ersten Jobs der Bachelor- und Masterkandidaten miteinander, lässt sich feststellen:

Grundsätzlich unterscheiden sich die Einstiegspositionen der Bachelor nicht wesentlich von denen der Masterabsolventen.

Ähnlich sieht es bei den Verdiensten aus – ein Mastertitel bringt gegenüber dem Bachelorabschluss meist keinen großen Gehaltsvorsprung: In knapp der Hälfte der Unternehmen fällt das Einstiegsgehalt beider Gruppen ungefähr gleich hoch aus; wenn es Abweichungen aufgrund der Abschlussart gibt, betragen diese in der Regel weniger als 10 Prozent.

Am häufigsten starten Bachelors mit einem jährlichen Gehalt von 30.000 bis 40.000 Euro ins Berufsleben. Rund ein Viertel der Unternehmen zahlt Absolventen technischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen auch mehr (Grafik Seite 7). Grundsätzlich gilt: Große Unternehmen und Industriebetriebe bieten häufig höhere Einstiegsgehälter als kleine Firmen oder Betriebe anderer Branchen.

Selbst langfristig bringt ein Master nicht automatisch Vorteile, denn auch bei der Besetzung höherer Fach- und Führungspositionen ent-



scheidet fast nie der akademische Grad des Kandidaten. Wichtigste Auswahlkriterien in rund 70 Prozent der Betriebe sind vielmehr Leistungsmotivation, Identifikation mit den Unternehmenszielen und Kommunikationsfähigkeit. Im Vergleich zu 2010 haben der Masterabschluss oder der Dokortitel noch weiter an Bedeutung verloren – sie spielen heute nur noch in 3 Prozent der Betriebe eine wichtige Rolle bei der Besetzung von Führungspositionen.

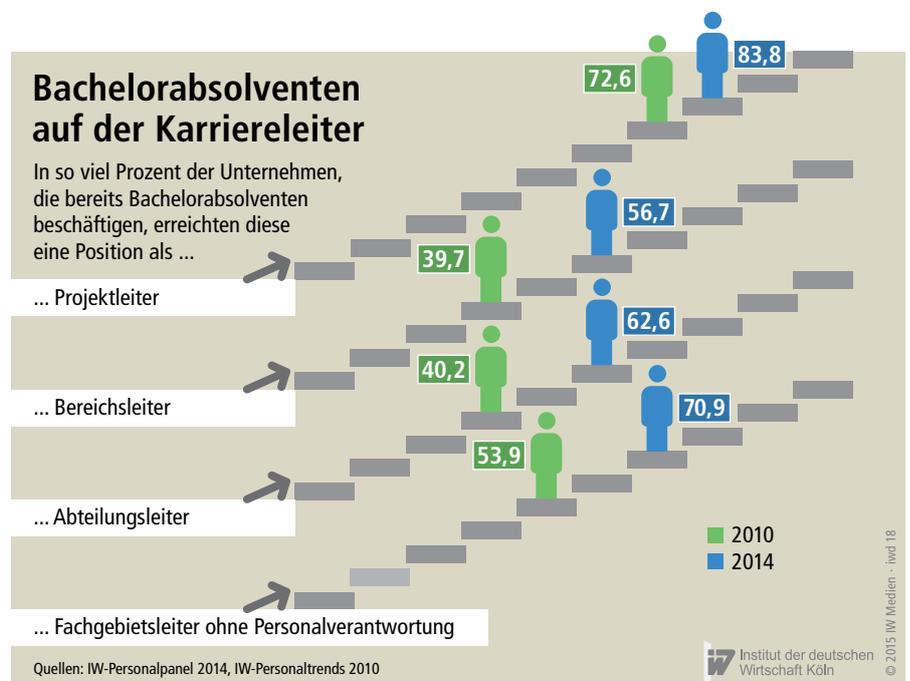
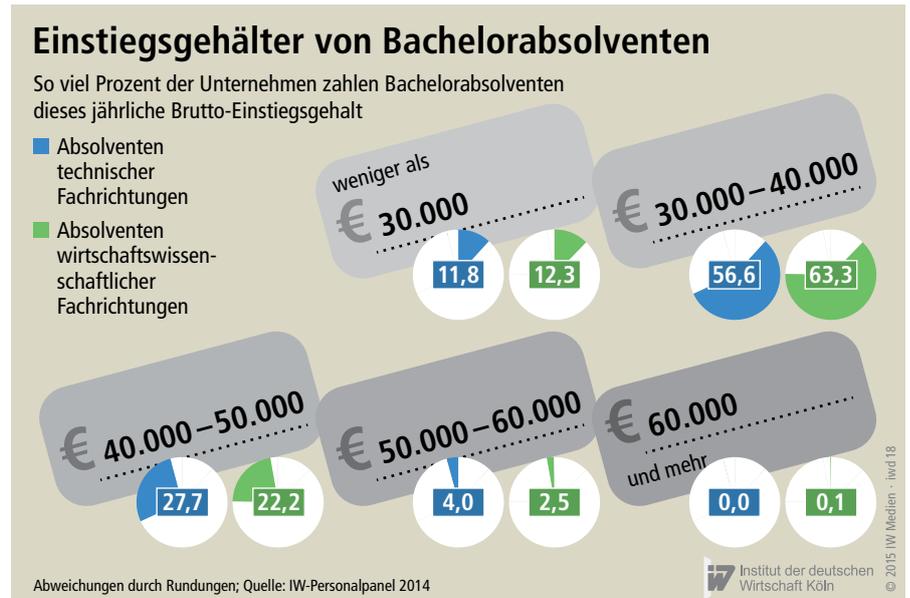
In den meisten Firmen, die Mitarbeiter mit Bachelorqualifikation beschäftigen, gibt es keine Position, für die ein Master zwingend erforderlich wäre (Grafik):

Den Bachelorabsolventen stehen im Laufe ihres Berufslebens alle Karrierewege offen – ob als Projekt-, Bereichs-, Abteilungs- oder Fachgebietsleiter.

Diese Positionen erreichen sie mittlerweile auch deutlich häufiger als noch im Jahr 2010.

Nach drei bis fünf Jahren im Beruf können die meisten Bachelors auch ihre Gehaltsposition deutlich verbessern: Zahlt beim Berufseinstieg kaum ein Unternehmen mehr als 50.000 Euro, so erhalten die Bachelors mit Berufserfahrung in rund einem Viertel der Betriebe mindestens 50.000 Euro pro Jahr, sofern sie ein technisches oder wirtschaftswissenschaftliches Studium abgeschlossen haben.

Knapp jeder zweite Betrieb unterstützt zudem den Wunsch seiner Bachelorabsolventen, weiter zu studieren. Am häufigsten beteiligen sich die Arbeitgeber an den Gebühren für ein Masterstudium (87 Prozent), mehr als die Hälfte (62 Prozent) stellt ihre Mitarbeiter teilweise frei. Als förderungswürdig gelten Bachelorabsolventen, die sich im Unter-



nehmen bewährt haben und die ein Entwicklungspotenzial erkennen lassen. Nicht so wichtig für die Förderung ist die Dauer der Firmenzugehörigkeit.

Neben dem berufsbegleitenden Master bieten die Unternehmen den Bachelors auch noch andere Weiterbildungsmöglichkeiten an: interne Kurse, Bildungsangebote von Kammern oder Berufsverbänden sowie Zertifikatskurse an Hochschulen. Davon erfahren die Bachelors allerdings meist erst lange nach dem

Einstellungstermin im Rahmen eines Mitarbeitergesprächs oder auf Anfrage. Stünden solche Informationen zur akademischen Weiterbildung neben dem Beruf schon früher zur Verfügung, würden sich möglicherweise deutlich mehr Bachelorabsolventen direkt nach ihrem Abschluss ins Berufsleben stürzen.

Weitere Informationen: Karrierewege für Bachelorabsolventen – Ergebnisbericht zur Unternehmensbefragung 2014
iwkoeln.de/bachelor

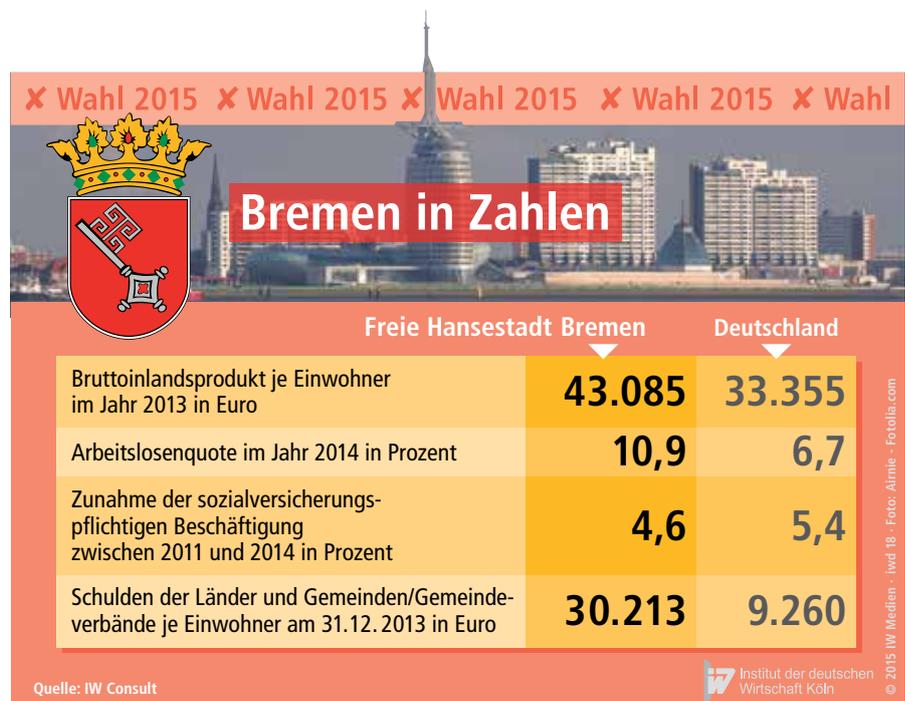
Geteiltes Land

Freie Hansestadt Bremen. Die Wahlen zur 19. Bürgerschaft stehen am 10. Mai an. Doch nicht nur Werder bewegt sich seit Jahren zwischen Abstieg und internationalem Wettbewerb, sondern auch die Wirtschaft.

Der Präsident des Senats und Bürgermeister von Bremen, Jens Böhrnsen, regiert ein räumlich und strukturell geteiltes Land: auf der einen Seite die Stadt Bremen, Sitz klangvoller Unternehmen wie Daimler, Airbus oder der Beck's Brauerei, die das gesamte Land Bremen statistisch betrachtet zu einem Wohlstandshort unter den Bundesländern macht (Grafik).

Ein Bruttoinlandsprodukt von rund 43.000 Euro je Einwohner bedeutet im Bundesländervergleich Rang zwei hinter Hamburg.

Auf der anderen Seite Bremerhaven, das einst stolz auf die Werftindustrie und die deutsche Hochseeflotte blicken konnte, mittlerweile



durch den wirtschaftsstrukturellen Wandel aber arg gebeutelt ist:

Zusammen mit Gelsenkirchen weist Bremerhaven mit 14,7 Prozent die höchste Arbeitslosenquote aller deutschen Großstädte auf.

Um den Strukturwandel in Bremerhaven voranzutreiben, wurden zahlreiche Leuchtturmprojekte umgesetzt, darunter der maritim geprägte Stadtteil Havenwelten, das 2005 eröffnete Deutsche Auswandererhaus sowie das Klimahaus Bremerhaven 8° Ost. Inzwischen verfügt die Stadt über so viele touristische Highlights, dass sich die Zahl der Gästeübernachtungen binnen zehn Jahren nahezu verdoppelt hat.

Nicht zu vergessen sind die hafenaffinen Branchen. Bremerhaven verfügt über den viertgrößten Containerhafen Europas und ist weltweit führendes Zentrum der Autologis-

tik, da die meisten Importfahrzeuge über Bremerhaven ins Land kommen – im Jahr 2014 waren es rund 2,3 Millionen Fahrzeuge.

Trotz zwischenzeitlicher Rückschläge hat sich auch die Windenergiebranche mit einem Beschäftigungszuwachs von 3.000 Mitarbeitern in Bremerhaven zu einem wahren Jobmotor entwickelt. All dies reicht aber nicht aus, um die sozialen Folgen des wirtschaftsstrukturellen Wandels spürbar abzumildern. Die Verschuldung des Landes von über 20 Milliarden Euro schränkt den Handlungsspielraum deutlich ein. Hauptaufgabe des neuen Senats wird daher sein, Bremen aktiv auf die Herausforderungen der Zukunft – Stichwort Digitalisierung und Vernetzung – vorzubereiten.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.